

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.18 Uhr
Ende: 14.25 Uhr

1) Stadtschreiber der Stadt Graz

GR. Mag. **Molnar** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler! Mit Beschluss vom 16.9.2004 hat der Grazer Gemeinderat die einjährige Vergabe des Stipendiums einer/eines Grazer Stadtschreibers/-schreiberin festgelegt. Mit der Zuerkennung ist die kostenlose Bereitstellung einer Wohnung im Cerrini-Schlössl am Schloßberg und einer monatlichen Zuwendung von 1.100 Euro verbunden.

Die Betreuung des Autors übernimmt die Kulturvermittlung Steiermark im Einvernehmen mit dem Kulturressort.

Zurzeit ist Herr Péter Zilahy Empfänger dieses Stipendiums der Stadt Graz. An Herrn Zilahy sind letztes Jahr zwei literaturinteressierte Grazer Vereine mit dem Wunsch herangetreten, eine Lesung vor deren Mitgliedern abzuhalten.

Herr Zilahy stellte sich breitwillig unter der Bedingung zur Verfügung, eine Honorarnote stellen zu dürfen. Ich möchte nur ganz kurz dazu anmerken, ich halte das nicht für verwerflich, weil meistens Literaten nicht in Geld schwimmen, sondern auch kämpfen müssen, aber trotzdem möchte ich an Sie, Herr Stadtrat, die

Frage,

stellen, ob Sie sich vorstellen können, in der Satzung des Stadtschreiberstipendiums festzuhalten, dass bei Bedarf und Wunsch von Grazer Institutionen beziehungsweise Vereinen den jeweiligen Stipendiaten zu einer geringen Anzahl von unentgeltlichen Lesungen vor Grazer BürgerInnen zu verpflichten, um den an Literatur interessierten Bürgern unserer Stadt - die dieses Stipendium mit Ihren Steuergeldern finanzieren - die Möglichkeit zu geben, den jeweiligen Stadtschreiber persönlich zu erleben.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich danke Ihnen für diese Frage, weil sie mir die Möglichkeit gibt, auf die Besonderheiten der Vergabe der Funktion eines Stadtschreibers hinzuweisen. Wie Sie ja wissen, wie Sie selbst zitieren, hat der Gemeinderat am 16.9.2004 die Richtlinien für die Vergabe des sogenannten Stipendiums eines Stadtschreibers oder einer Stadtschreiberin festgelegt. Dieses Stipendium beziehungsweise diese Funktion ist verbunden mit einer Aufwandsentschädigung in der Höhe von 1.100 Euro brutto. Es ergibt sich also daraus, dass man keinesfalls von einem sehr hohen Stipendium reden kann, wenn man davon ausgeht, dass wie im Fall von Peter Silahy eine Familie erhalten werden muss, die noch dazu nicht hier lebt, weil ja die Räumlichkeiten im Cerrini-Schlössl im Moment jedenfalls nicht ausreichend groß sind, um eine Familie zu beherbergen, das wissen die Stipendiaten auch. Wir haben es im Moment beim im Amt befindlichen Stadtschreiber mit einer Persönlichkeit zu tun, die internationalen Ruf genießt, regelmäßig im Feuilleton beziehungsweise in Kolumnen, etwa in der FAZ, schreibt, nachgefragt ist. Es handelt sich also durchaus um einen renommierten und arrivierten, zweifellos noch sehr jungen ungarischen Schriftsteller, der aber bereits auch auf Deutsch publiziert hat. Das alles beschreibt im Übrigen auch schon die Funktion des Stadtschreibers. Es geht weniger darum, jemandem einen Gefallen zu tun mit diesen 1.100 Euro, sondern es geht darum, soweit möglich, renommierte, schriftstellerische Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, einen Teil ihres Lebens in Graz zu verbringen und aus dieser Lebenserfahrung im Grazer Umfeld auch so gut es geht mit Gewinn für ihr literarisches Werk etwas ableiten zu können, das ist die Hauptfunktion, dafür gibt es diese Unterstützung, gibt es diese finanzielle Zuwendung der Stadt Graz. Nicht umfasst davon sind allerdings künstlerische Auftritte. Es versteht sich nahezu von selbst, dass mit diesem Betrag eine Familie nicht unterhalten werden kann. Ich habe daher großes Verständnis dafür, wenn die Schriftsteller und Schriftstellerinnen, die wir hier für Graz gewinnen können, es ist unser Gewinn, in erster Linie versuchen, im Sinne einer Drittmittelfinanzierung ihren Lebensunterhalt so gut es irgendwie geht, zusätzlich zu unterstützen und das wäre bei einem Schauspieler durch Engagements möglich, bei einem Schriftsteller ist es neben der Veröffentlichung literarischer Texte auch die Chance im Zuge von Lesungen zu zusätzlichen Einkünften zu kommen. Diese Chance möchte ich nicht nehmen. Dennoch war es in der Vergangenheit schon bisher der Fall, und das gilt auch für Peter Silahy, durch geschicktes Verhandeln ihn zu gewinnen oder seine

Vorgänger zu gewinnen für Projekte, und das sehr oft um Unterstützungen entweder eben gratis oder um Unterstützungen, die den eigenen Aufwand kaum abdecken können. In unserem Fall ist es so, dass sowohl die sogenannte Hofübergabe zu Beginn der Funktion als Stadtschreiber, als auch die Verabschiedung in jedem Fall im Literaturhaus ohne zusätzliche Entschädigung stattfinden. Peter Silahy hat zum Beispiel zusätzlich in der Buchhandlung Plautz, in dem Fall in Gleisdorf, eine Lesung gehalten und das ist es, in dieser kleinen aber sehr feinen, und ich kann allen nur empfehlen, die die Buchhandlung nicht kennen, dort einmal vorbeizuschauen, eine Lesung zu halten und man kann sich vorstellen bei der Buchhandlung, da sind so große Honorare überhaupt nicht möglich. Ich habe vor, auch aus den Erfahrungen und den Gesprächen, die ich mit Peter Silahy geführt habe, soweit es irgendwie möglich ist, zusätzlich zumindest ein gemeinsames Projekt zu finanzieren, das sich aber nicht in einer Lesung erschöpfen sollte, das also einen weiteren Schwerpunkt im Schaffen dieser internationalen Schriftstellerpersönlichkeiten in Graz sicherstellen sollen. Das ist der Weg, den ich gehen möchte, aus den genannten Gründen denke ich, auch aus prinzipiellen Erwägungen, nicht daran, eine darüber hinaus gehende Verpflichtung bei dem geringen Zuschuss, den wir hier leisten können, in die Statuten für die Stadtschreiber aufzunehmen (*Applaus SPÖ*).

2) Betonmisanlage Mühlfelderweg 30

GR. Mag. **Haßler** stellt an StRin. Mag.^a **Fluch** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Frage bezieht sich auf einen Sachverhalt, der mich persönlich jetzt schon seit dem Jahr 2004 in meiner politischen Arbeit begleitet und der auch schon im Gemeinderat, glaube ich, das eine oder andere Mal zur Sprache gekommen ist, und zwar geht es um den Mühlfelderweg 30 in Straßgang, ein Gebiet, wo Industrie- und Gewerbegebiet 1 und wo allgemeines Wohlgebiet aneinander grenzen, dort war ursprünglich die Firma Viertel beheimatet, und diese Firma hat im Jahre 2004 auf diesem Gelände eine Betonmisanlage errichtet ohne Genehmigung, das wurde im selben Jahr noch vom UVS aufgehoben.

In den Folgejahren hat dann die Firma Viertel wirtschaftliche Probleme bekommen, eine Nachfolgefirma hat dann um Genehmigungen angesucht, es war eine gewerberechtliche Verhandlung im Jahre 2007, wo ich damals selbst mit dabei war als Bezirksvorsteher, und diese Verhandlung wurde dann unterbrochen, nachdem es massive Anrainerproteste gegen diese Anlage gab und massive Einwendungen. Die Firma hat dann versucht, diese Anrainerproteste zu umgehen, indem sie eine Änderungsanzeige eingebracht hat. Ursprünglich bei der Fachabteilung 13 des Landes, dort ist es dann an den Magistrat Graz weiterverwiesen worden und ich glaube, seit Beginn 2008 ungefähr wird es dort in der Bau- und Anlagenbehörde jetzt einer Prüfung unterzogen und die Anrainer haben sich, glaube ich, auch an Sie gewandt und um Hilfe ersucht. Es wurden mehrere Fristerstreckungsanträge genehmigt in der Hoffnung, dass dort eine neue Zufahrt geschaffen werden kann, das ist eben der Lösungsansatz, den die Anrainer in diesem Gebiet erhoffen und der zweite Wunsch der Anrainer ist sicher der, dass es, wenn es zu einer Verhandlung kommt, dass es nicht dieses Anzeigeverfahren ist, sondern eine ordentliche Verhandlung stattfindet, um eben Anrainerrechte geltend zu machen.

Jetzt meine

F r a g e

an Sie. Was haben Sie bisher unternommen, um den AnrainerInnen bei dieser konsenslos errichteten Betonmischanlage am Mühlfelderweg 30 zu helfen?

StRin. Mag.^a **Fluch**: Ich bin immer sehr erfreut, wenn ich merke, dass Gemeinderäte sich mit einer Sache auch sehr intensiv auseinandergesetzt haben. Es ist sozusagen aus der Schilderung sehr klar erkennbar, dass diese Geschichte schon eine lange Vorgeschichte hat und auch einige Vorgänger von mir bereits beschäftigt hat. Es handelt sich somit sozusagen um ein altes Problem, das aber auch die Anrainer und Anrainerinnen seit Jahren sozusagen beschäftigt. Es ist richtigerweise angeführt worden, dass es hier die Problematik gibt, dass Industriegebiet/Gewerbegebiet unmittelbar an Wohnanlagen angrenzt, das heißt, die Wohnbebauung ist immer

näher an die Industriegebiete herangerückt und natürlich gestalten sich dann Emissionen aus dem Gebiet, vor allem der Lärm und auch der Staub, auch die Belastungen, die durch den Schwerverkehr hervorgerufen werden, durchaus als Problem. Zu den alten Gewerbeberechtigungen ist zu sagen, dass diese dem Gewerbeinhaber natürlich auch die Sicherheit geben, dass sie das Gewerbe auf diesem Standort im Rahmen des bewilligten Konsenses auch weiter betreiben dürfen, auch wenn die Wohnbebauung heranrückt. Wir versuchen, und wir haben heute bei den Flächenwidmungsplanstücken so ein Beispiel dafür, dort an der Wurzel anzusetzen, um zu schauen, dass wir eben nicht weiter mit den Wohngebieten an die Gebiete heranrücken, die wir sehr wohl auch als Betriebsstandorte brauchen. Ich glaube, das ist die eigentliche Lösung für diese Probleme. Wenn die Gewerbeberechtigung erweitert werden soll, wenn es einen entsprechenden Antrag gibt dieser Firma, dann hat die Behörde genau zu prüfen, ob es dadurch zu Änderungen bei den Emissionen kommt und dadurch werden umfangreiche Gutachten eingefordert, auf deren Basis die Behörde die Entscheidungen zu fällen hat und es stimmt, dass diese Verfahren dann durchaus auch länger dauern. In diesem Fall wird von den Anrainern nicht gefordert, dass es schneller geht, die sind manchmal ganz glücklich, dass es ein bisschen länger dauert, und wie man in diesem Fall sieht, kann sein, dass bei der angesprochenen Straße, bei dieser Umfahrungsmöglichkeit wir durch den langen Verlauf vielleicht doch zu einer Lösung kommen. Vielleicht etwas noch dazu, es ist angesprochen, dass es hier um eine Betonmischanlage geht, das ist jetzt nicht ein riesiges, sozusagen fixes Bauwerk. Die Betonmischanlagen sind mobile Anlagen, die allerdings trotzdem ihre Berechtigungen brauchen, weil sie ein massives Fundament brauchen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und dieses Fundament braucht eben sehr wohl die Bewilligung auch der Gewerbebehörde und das ist sozusagen auch unsere Chance. Wie gesagt, beim Gewerberechtsverfahren wurde eine Änderungsanzeige angebracht werden, es wird gerade von der Behörde geprüft, ob sich die Emissionen dadurch geändert haben. Da wurden umfangreiche Nachweise eingefordert von der Firma, dieses Verfahren ist aber noch im Laufen und ich bitte um Verständnis, dass ich bei einem laufenden Verfahren keine detaillierten Auskünfte geben kann. Im Baurecht gab es bereits im Vorjahr die angesprochene Bauverhandlung, aber auch hier gibt es noch keinen Bescheid. Das Ermittlungsverfahren ist hier auch noch im Laufen, da sehr, sehr viele Einwendungen

erfolgt sind. Die angesprochene Situation mit der Zufahrt, klar ist, dass der Schwerverkehr, dadurch dass er mitten durch so ein Einfamilienhausgebiet führt, eine massive Belastung für die Anrainer bedeutet. Die Stadtbaudirektion wurde von mir daher bereits im Vorjahr beauftragt, die Straßensituation zu überdenken und mit Lösungsvorschlägen zu kommen. Es gibt an sich mit den Grundbesitzern eine Einigung über die kostenfreie Abtretung einer Grundstücksfläche, die dazu führen würde, dass dann eine neue Zufahrtsstraße über die A9-Begleitstraße erzielt werden könnte. Das heißt, da gibt es bei den Grundstückseinlösen schon eine gute Lösung. Die Planung für die Zufahrt liegt bereits vor und die Trassenführung ist mit dem Land abgesprochen. Klar ist, dass diese neue Straße auch noch errichtet werden muss, aber da bin ich auch in guten Gesprächen mit der Verkehrsreferentin, der Frau Vizebürgermeisterin, die dieses Problem ebenfalls kennt. Das heißt, wenn diese Straße gelingt, wird auch im Bauverfahren eine Neueinreichung erfolgen müssen, das hat dann auch auf das Gewerbeverfahren noch einmal Auswirkungen. Das heißt, wir sind mit den Anrainern ständig in Kontakt und wir versuchen zu einer Lösung zu kommen dort, wo Lösungsmöglichkeiten sind. Klar ist auch, dass meine Behörde immer wieder auch vor Ort ist und sieht, ob dort die Betonmischanlage jetzt in Betrieb ist oder nicht. Wir sind auch mit den Anrainern ständig in Kontakt, Sie wissen auch, dass wir um eine Lösung bemüht sind, aber wie gesagt, diese Verfahren sind noch im Laufen.

GR. Mag. **Haßler**: Zusatzfrage. Falls diese neue Zufahrtslösung nicht gelingt, wird es wesentlich sein, dass es ein ordentliches Verfahren gibt und da ist eben meine Frage, ob Sie bereit sind, sich dafür einzusetzen, wir haben auch einen Brief von der Volksanwaltschaft, dass es durchaus positiv in diese Richtung bejaht, dass es zum ordentlichen Verfahren kommt.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Es ist auch in meinem eigenen Interesse, weil wir mit den Anrainern intensiv im Kontakt sind und ich denke, da müssen wir auch zu einer Lösung kommen.

3) Stadtbibliothekenkonzept - weitere Vorgehensweise

GRin. **Bergmann** stellt an StRin. Mag.^a **Fluch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Liebe Frau Stadträtin Fluch! Meine Anfrage betrifft das Stadtbibliothekenkonzept und die weitere Vorgangsweise. Das von deinem Vorgänger, dem Herrn Stadtrat außer Dienst Werner Miedl, entwickelte Konzept für die städtischen Bibliotheken hat die Schaffung von fünf neuen größeren Bibliotheken vorgesehen. Das ist - mit Ausnahme der Bibliothek Graz Nord mit Standort Körösisstraße - nun verwirklicht.

In diesem Konzept ist aber auch die Schließung der restlichen Büchereien vorgesehen.

Deshalb stelle ich an dich, liebe Frau Stadträtin Fluch, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Vorgangsweise planst du nach der Fertigstellung der Bibliothek Graz Nord mit den restlichen nicht ausgebauten städtischen Bibliotheken? (*Applaus KPÖ*).

StRin. Mag.^a **Fluch**: Liebe Frau Klubobfrau, dein ursprünglicher Fragetext ist ja noch davon ausgegangen, dass das Stück zu Graz-Nord diesmal im Gemeinderat behandelt werden kann. Es hat sich dann gezeigt, dadurch dass wir doch sehr umfangreiche Abstimmungen brauchen auch mit der Finanzdirektion, dass wir diesmal nicht mehr mit dem Stück in den Gemeinderat kommen konnten. Es ist richtig, dass Graz-Nord sozusagen der letzte neue Standort gemäß dem Konzept von meinem Amtsvorgänger wäre und dass in diesem Konzept davon die Rede war, dass man fünf sehr attraktive große Standorte schafft und dafür ein paar kleinere, durchaus alte, altmodische, weniger frequentierte Standorte schließt. Bereits im Grundsatzbeschluss zur Errichtung des neuen Standortes Graz-Nord haben wir im Ausschuss über die Frage diskutiert, was passiert mit den restlichen beiden

Standorten, nämlich Gösting und Andritz? Es stand ursprünglich drinnen im damaligen Antragstext, dass diese beiden Standorte evaluiert werden sollen, und auf Antrag der Ausschussmitglieder ist diese Formulierung dann hinausgefallen. Ich sage ganz ehrlich, ich möchte mir die Entwicklung dieser beiden Standorte, gerade vor dem Hintergrund dessen, dass die Kosten für die Mieten dort nicht sehr hoch sind, auch noch einmal anschauen. Es wird allerdings nur möglich sein von dem damaligen Konzept abzurücken, wenn es uns gelingt, beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Lesezentrum Steiermark, also den Aktivitäten des Landes Steiermark im Bibliothekswesen und vielleicht sogar unterstützt von Bundesseite, wo das Lesen und die Bibliotheken laut Regierungsübereinkommen ja auch einen Schwerpunkt darstellen, wenn es uns gelingt, dort sozusagen Synergien zu schaffen und das wird mein Bestreben auch im zweiten Halbjahr 2009 sein, zu sehen, gibt es irgendwelche Möglichkeiten, dass Land oder Bund vermehrt einsteigen und unsere Bibliotheken unterstützen und können wir dadurch von dem ursprünglichen Konzept, das davon ausgegangen ist, dass es fünf große Standorte gibt und man dafür die kleineren auflässt, ein Stück abrücken.

GRin. **Bergmann:** Also es ist zumindest schon einmal erfreulich, denke ich, dass man jetzt nicht mehr strikt sagt, man schließt die restlichen Bibliotheken. Ich habe nur eine Frage, wirst du uns laufend über den Stand berichten, so dass auch wir wissen, ob es eben diese Möglichkeiten mit Land und Bund gibt?

StRin. Mag.^a **Fluch:** Es sind unsere Grazer Stadtbibliotheken, der Bildungsausschuss ist auf jeden Fall miteingebunden, ja.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.40 Uhr den Vorsitz.

4) Unterstützung der Grazer Klein- und Mittelbetriebe

GR. **Hötzl** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: In meiner Anfrage geht es um die Unterstützung beziehungsweise die Bereitschaft zur Unterstützung von Grazer Klein- und Mittelbetrieben. Und meine Anfrage geht an den Herrn Bürgermeister. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen machen sich auch in unserer Landeshauptstadt deutlich bemerkbar. Seitens der verantwortlichen Mitarbeiter der Grazer Messe wurde im Jänner gegenüber der Kleinen Zeitung von einer deutlich spürbaren Krise bei allen Veranstaltungen und in nahezu allen Branchen berichtet. So wurde beispielsweise bereits im Jänner die Grazer Fachmesse „Austrotec“ abgesagt. Betriebsschließungen im Grazer Umland und damit verbundene steigende Arbeitslosenzahlen lassen erst erahnen, welche Probleme in diesem Zusammenhang auf uns zukommen werden. Ungeachtet der Tatsache, dass die Finanzkrise vor allem von globalen Faktoren bestimmt wird, müssen, natürlich im Rahmen des Möglichen, auch lokale Maßnahmen ergriffen werden, um die größten Härten abzufedern und um, sofern möglich, regulierend einzugreifen.

Seitens der EU sowie des Bundes wurden bereits entsprechende Maßnahmenpakete geschnürt, um einzelnen besonders hart getroffenen Branchen eine Hilfestellung zu geben, beziehungsweise um die Konjunktur wieder anzukurbeln. In diesem Zusammenhang weise ich aber auf die Notwendigkeit hin, auch auf kommunaler Ebene vor allem die Klein- und Mittelbetriebe durch gezielte Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Da ich derartige Schritte seitens der Stadt Graz aber bisher nicht erkennen konnte, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Welche konkreten Schritte haben Sie innerhalb Ihres Zuständigkeitsbereiches gesetzt, um die Grazer Klein- und Mittelbetriebe speziell in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen? (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich möchte gleich darauf eingehen, vor allem, weil Sie sich auch Zeitungsmeldungen auch berufen haben. Selbstverständlich ist es im Messebereich zurzeit nicht einfach, in manchen Branchen überhaupt noch eine Messe auf die Beine zu stellen. Die Messen, die wir allerdings im heurigen Jahr schon durchgeführt haben, waren so erfolgreich, wie schon lange nicht mehr, wenn ich nur die Häuslbauermesse mit einem Besucherrekord von 38.000 Besucherinnen und Besuchern und guten Wirtschaftsabschlüssen mir anschauere, wenn ich die Rückmeldungen der dort ausstellenden Betriebe hernehme, dann ist es Gott sei Dank so, dass es nach wie vor viele Bereiche gibt, die funktionieren, aber natürlich weltweit einige Branchen schon so betroffen sind, dass wir natürlich nicht schlafen dürfen. Schlafen tun wir auch nicht. Es gibt so viele wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die nicht unterscheiden, ob einer Kleinst-, ein Klein- oder ein Mittelbetrieb ist, sondern die Maßnahmen, die wir setzen, setzen wir möglichst für die gesamte Palette von Unternehmerinnen und Unternehmern, weil wir auch wissen, dass gerade die meisten Beschäftigten in jenen Unternehmungen beschäftigt sind, die Sie jetzt auch mit dieser Anfrage an mich auch meinen. Wir arbeiten, und da möchte ich Frau Mag. Keimel und das gesamte Team auch lobend erwähnen, selbstverständlich permanent dran, möglichst jeden und jede Arbeitslose in Graz zu vermeiden. Die aktuellen Zahlen aus dem Jänner, wir haben zur Zeit 15.483 Personen, die Arbeitslos gemeldet sind, die Zahl muss man auch immer in Relation stellen zur Zuwanderungsrate von Graz, ist mir auch ganz wichtig, weil wir sind um fast 30.000 Einwohner in den letzten Jahren mehr geworden und konnten hier Gott sei Dank auch schon viel gegensteuern. Wenn ich sage wir, meine ich immer das gesamte Netzwerk, weil weder die Politik alleine noch die Unternehmungen alleine es schaffen würden, so erfolgreich zu sein, da ist die Einbindung der Bildungsebene, der Universitäten usw. natürlich auch maßgeblich mitverantwortlich, dass wir so erfolgreich sind. In Graz gibt es zurzeit rund 190.000 Jobs, 190.000 Berufe, denen man nachgehen kann. Das, was mir Sorge bereitet, ist natürlich der Automotive-Bereich, die Autoindustrie, die schon tausende Menschen jetzt in Kurzarbeit haben, auch da sei angemerkt, dass Kurzarbeit jetzt auch einmal ein Signal der Wirtschaft ist, dass sie selbst dran glauben, dass diese Krise zumindest in absehbarer Zeit wieder auch enden wird, weil sie investieren in ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne die Leistung dafür zu bekommen und nehmen das aus ihren eigenen Töpfen, die sie sich auch in den letzten Jahren schon verdient haben, das verdient auch eine

eigene Betrachtungsweise. Jetzt aber zum Netzwerk, wie wir aufgestellt sind von Seiten der Stadt Graz. Wir haben Förderprogramme des Bundes, wir haben Förderprogramme des Landes und wir haben auch Förderprogramme der Stadt Graz, die miteinander vernetzt sind, das ist aber wesentlich, weil wir in allen Bereichen mitarbeiten. Die Förderbereiche des Bundes, die sogenannte Austria Wirtschaftsservice, kurz AWS genannt, gibt in erster Linie Zuschüsse, Anreize für innovative Investitionen und arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen, es gibt die zinsbegünstigten EAP-Kredite, die erleichtern die Durchführung von Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sowie die Einführung von neuen Produkten und Verfahren in wachsenden Unternehmen und darüber hinaus werden auch Haftungen für Bankkredite oder EAP-Kredite ermöglicht. Die Förderprogramme des Landes, da arbeiten wir ganz eng und kooperativ zusammen mit der SFG, der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die richten sich vorrangig an KMUs, da gibt es ungefähr zehn Punkte, die nennen sich Ratgeber, das ist die Förderung für BZB-Beratung, Geistesblitz, die Förderung für betriebliche Forschung und Entwicklung, das Projekt Großtat, die Förderung für innovative Investitionen, Großtat Förderung für Unternehmensdynamik der AWS-GmbH, das Thema Einfallsreich, die Förderung für kreative Impulse, das Programm Startklar ist ein Förderprogramm für die Startphase und die selbständige Startphase, das Erfolgsteam, die Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen, das Zukunftsreich, die Förderung von Projekten zur unternehmerischen strategischen Entwicklung, Wissenswert, die Förderung von Wissens- und Innovationsmanagement, Tridality, die Förderung für die innovative dreiteilige Lehre, Innovation für die Region Lebensnah, die Förderung für umfassende Nahversorgung, also man hat versucht, gemeinsam auch mit der SFG Pakete zu entwickeln, da sind wir auch immer mit dabei, und das wird auch natürlich in erster Linie den KMUs angeboten. Die Projekte der Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz versuchen das Programm jetzt zu komplettieren, da geht es vor allem um Gründungspakete, um die sogenannten Mietförderungen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), das sind auch monetäre Mietzuschüsse, wir haben den Klub der GründerInnen, das sind Vernetzungsaktivitäten, die sehr gut funktionieren. Ich war erst vorgestern Abend wieder beim Treffen der GründerInnen von Graz, Sie wissen, fast 1.100 Unternehmensgründerinnen und –gründer pro Jahr, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen, die vernetzen sich untereinander, die stellen sich vor, zahlt

sich auch wirklich aus, zum Treffen zu kommen, man sieht, vor allem auch junge Leute innovativ da in Branchen einsteigen. Wir haben das Projekt Innolab, das ist die Unterstützung bei Innovationen, wir haben ganz bewusst auch jetzt versucht, den Zugang zu internationalen Kontakten, Know-how und Produkten zu geben, das heißt, es werden von uns jetzt sogar Messereisen angeboten, damit die Klein- und Mittelbetriebe auch zu diesen Messen fliegen können, wo wir auch miteinsteigen. Wir haben das Projekt Betriebsnachfolge, das hat den Titel Follow me. Ein zweiter Schwerpunkt neben dem Gründungspaket ist der aktive Wissenstransfer, da gibt es aktive Kontakte zu den KMUs zur Unterstützung von Kontakten zu Wissenschaft und Forschung und wir haben einen dritten Bereich, der nennt sich aktive Bestandpflege. Das heißt, aktive Unternehmenskontakte zu diesen Betrieben und die kurz-, mittel- und langfristigen Perspektiven der Unternehmer in Erfahrung zu bringen und gegebenenfalls auf aktuelle Anregungen und Probleme auch einzugehen. Das heißt, wir gehen vor Ort hin und beraten sie. Und mir ist es jetzt ganz, ganz wichtig, das sind jetzt Dinge, die die Wirtschaftsabteilung mit einem relativ kleinen Budget auf die Beine gestellt hat. Ein größerer Teil unseres Wirtschaftsbudgets wurde in den letzten Jahren schon outgesourct und da kommen vor allem jene Gesellschaften auch mit ins Spiel, die selbstverständlich vorwiegend für die Klein- und Mittelbetriebe da sind. Das ist jetzt im Speziellen die GTG und TVG, das ist darüber hinaus das Handelsmarketing, das sind Investitionen und Umsetzungen der Messe, die Sie selbst zitiert haben, weil vor einigen Jahren haben wir da herinnen heftig debattiert, ob es überhaupt Sinn macht, einen Messestandort auszubauen, heute kommen alle Kolleginnen und Kollegen aus dem deutschsprachigen Raum zu uns und sagen, so ein modernes Zentrum hätten wir auch gerne und das, was wir auch tun, das sind dann ganz konkret Baustellenförderung und andere Maßnahmen. Man kann sagen, all das, was wir auf dieser Ebene tun, ist auch ein Angebot an die KMUs, wir haben erst gestern auch bekanntgegeben, Frau Stadträtin Eva-Maria Fluch und ich, dass wir in punkto Verfahrensbeschleunigung auch noch einmal Personal, aber auch andere Ressourcen in die Hand nehmen wollen, um die Verfahren zu beschleunigen. Es ist schon überraschend, wenn man draufkommt, dass wir auch hier im Gemeinderat und unsere Beamten und Beamtinnen 850.000 m² Bruttogeschossfläche pro Jahr genehmigen, wenn man das mit 2.000 Euro pro Quadratmeter Baukosten multipliziert, dann entspricht das einer Gesamtsumme in Graz, die jährlich verbaut wird von rund 1,7 Milliarden Euro. Deswegen ist es

besonders wichtig, hier den Turbo einzuschalten, weil Sie wissen auch auf Grund der Diskussionen, die wir schon hatten, dass es sehr schwer ist, mehr als die 430 Millionen Euro als Stadt Graz selbst auszugeben. Summa summarum glaube ich, dass unsere Wirtschaftsabteilung und die genannten Unternehmungen auch im Netzwerk mit Bund, Land, aber auch den hier ansässigen Unternehmensnetzwerken sehr erfolgreich unterwegs sind. Wir haben selbstverständlich auch schon einige Sitzungen jetzt gehabt, beginnend mit September vergangenen Jahres, aber das kann ich dann später auch noch einmal bei den Anträgen, bei den dringlichen Anträgen auch noch einmal erläutern, wo wir in Netzwerksitzungen schon längst das Thema der Krise und wie wirkt sie sich regional aus, schon behandelt haben und das kann ich dann aber zu einem späteren Zeitpunkt auch noch anfügen. Aber jetzt ganz konkret, das sind die Themenfelder, die wir bearbeiten und glauben Sie mir, auch so etwas wie ein Ball, auch so etwas wie eine Messe schafft vor allem regional Arbeitsplätze, das ist uns besonders wichtig und das wollen wir auch weiterhin schaffen, nebst den wirklich großen Plänen, die wir haben und auch hier schon angekündigt, dass wir als Stadt Graz jetzt einen Keyaccountmanager einsetzen wollen, auch ein Wunsch der Industrie aus den Gesprächen heraus, der permanent mit den Leitbetrieben der Stadt Graz in Kontakt ist. Es geht einfach darum, dass eine Ansprechperson da ist, die in den vielen Behördenverfahren Wünschen, Themen, von Kindergartenbetreuung bis zum Umbau vom Hochwasserschutzprogramm bis zum Bebauungsplan einfach die Möglichkeit hat, auch ressortübergreifend dafür Sorge zu tragen, dass möglichst alles schnell geht (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl**: Ich wollte Ihnen jetzt nicht zusätzlich Arbeit machen, dass Sie jetzt alles recherchieren, was es sowieso schon gibt, meine Frage wäre eigentlich gewesen, was konkret auf die Wirtschaftskrise hin als Anlassfall daraus, was da zusätzlich gemacht wird. Was Bund und Land betrifft, ok, das ist eine andere Geschichte, was die Stadt betrifft, die Mietförderung Klub der Gründerinnen, Innolab, also die ganzen Dinge, die Sie aufgezählt haben, die auch sehr gut sind, also die gut ankommen, Mietförderung trifft wieder nur einen kleinen Teil der Wirtschaft auf jeden Fall, also das ist Gießkannensystem, das halt leider nicht alles trifft. Meine Frage wäre eben wirklich, schränken wir es vielleicht ein, was haben Sie in den letzten drei Monaten

und in den nächsten drei Monaten, also sagen wir so vom November 2008 bis Mai 2009, was haben Sie da konkret vor oder was haben Sie schon umgesetzt oder was ist in Umsetzung, wirklich anlässlich der Wirtschaftskrise den Klein-, Kleinst- und Mittelbetrieben zu helfen? Auch das mit der Verfahrensbeschleunigung, wo Sie gesagt haben, Sie müssen den Turbo einschalten, das ist zwar gut und schön, aber ein Kleinunternehmer, der, Sie sind selber aus einer Unternehmerfamilie, Herr Nagl, Herr Bürgermeister, Sie wissen, welche Probleme es gibt. Erzählen Sie das einem Kleinunternehmer mit zwei Angestellten, dass er jetzt, wenn er einen Bürokomplex baut mit 500 m² zwei Monate vorher seinen Baubescheid in der Hand hat, das wir ihm nicht viel bringen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist ein ganz wichtiger Punkt, es ist aber ganz entscheidend, weil es geht nicht darum, dass der Kleinstbetrieb 500 m² braucht, aber es ist mir so wichtig, das er, wenn er was umbauen will, die Rechtssicherheit hat und dass es schneller wird. Und ich kann ja nicht mehr sagen, als in den schwierigen Zeiten auch für uns zu sagen, wir nehmen zusätzlich Geld und Ressourcen in die Hand, um das auch noch einmal zu beschleunigen, das ist nur ein Teil. Ansonsten möchte ich damit auch klar andeuten, dass es de facto keinen Unterschied in Graz macht, ob die Krise da ist oder nicht, wir haben alle Kräfte immer voll im Einsatz, um die Projekte zu entwickeln und zwar im Netzwerk. Ich kann Ihnen jede Menge Dinge aufzählen, ich sage Ihnen, was zum Beispiel momentan für einen Handelsbetrieb die größere Schwierigkeit ist als das eine oder andere Verkehrsprojekt, wenn dir mitgeteilt wird, dass vielleicht die Unternehmungen, die dich beliefern, mit denen du Geschäfte machst, in Europa gerade wanken und selber Insolvenz angemeldet haben und deine ganze Produktpalette damit oder die Hälfte deiner Produktpalette, die du anbietest, kopfsteht, dann tut sich auch eine Gemeinde schwer, das auszugleichen, das werden wir nicht können. Aber unser Team steht rund um die Uhr zur Verfügung, um die individuellen Lösungen zu erarbeiten. Dazu gehören unter anderem jetzt auch, weil wir Diskussion ja schon hatten, was können wir tun, damit eine Annenstraße, die Unternehmungen, die Klein- und Mittelbetriebe, der Cafetier, der dort ist, wie können die am Jakominiplatz jetzt noch eine Chance haben, der Wettbewerb ist rau, der ist von Haus aus schon rau und wird jetzt noch rauer, dort

müssen wir einspringen. Wir werden dort einspringen müssen, dass das Stadtbild in Ordnung ist, wir werden dort aber einspringen müssen unter Umständen mit ganz neuen kreativen Lösungen, die gar nicht Handelsbetriebe oder Gastronomie betreffen, vielleicht sind es Kunstvereine, wir haben das letzte Mal und werden vielleicht demnächst auch wieder drüber debattieren, ganz andere Bereiche hier mithereinholen müssen, auch da Geld in die Hand nehmen müssen, aber das Geld, das wir im Budget beschlossen haben, ist auch auf Grund von Sitzungen, in denen ja auch die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates vertreten sind, auch gebündelt und diese Maßnahmen werden abgearbeitet. Und wenn Sie einen Fall haben, wo Sie sagen, was sage ich jetzt dem Cafetier, wie soll man es tun, dann bitte zu uns schicken und wir versuchen ihn da unter den Programmen, die wir haben, reinzutun. Auf der einen Seite sagen Sie nicht Gießkanne, auf der anderen Seite eine allgemein gültige Lösung in einer Weltwirtschaftskrise kann de facto auch keiner klar beantworten, aber wie gesagt, das ganze Team und das Netzwerk dahinter und Gott sei Dank auch abgestimmt von der Bundes-/Landesebene bin hinein zur TVG, GTG sorgen dafür und ich bitte Sie, dass wir das auch berücksichtigen bei den Entscheidungen hier herinnen, wenn es jetzt um die Investitionsmaßnahmen geht. Selbstverständlich wünschen wir uns, dass es in erster Linie Investitionen sind, wo die regionale Bauwirtschaft betroffen ist, aber jede Baustelle sorgt auch dafür, dass daneben der Greißler oder Lebensmittelmarkt funktioniert. Schauen wir, dass wir Festivitäten nicht absagen, auch die Diskussion hatten wir anlässlich der Opernredoute, ich bin bewusst hingegangen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), um auch klar zu sagen, da gibt es heute einen Job für den Garderobier, da gibt es heute einen Job für denjenigen, der serviert. Die Friseurinnen machen ein Geschäft, der Schuster kann seine Schuhe aufdoppeln und das Kleid wird dort und da in der oder in jener Boutique gekauft. Das heißt, wir können selbst in unserem eigenen Konsumverhalten ein bisschen mithelfen, dass wir es regional schaffen und was mir ganz wichtig ist, das ist auch die Chance dieser Krise, wir müssen schauen, was Vertrauen, was Regionalität anbelangt, dass wir das verstärkt auch wieder hier tun und nicht Arbeitsplätze woanders auf der Welt geschaffen werden. Das ist eine Riesenherausforderung, aber das kann jeder selbst entscheiden beim Kauf von Produkten, wo er den Arbeitsplatz schafft. Ich versuche möglichst bei meinem Konsumverhalten auch dafür Sorge zu tragen, dass der Nachbar drankommt und dass man auch an die Klein- und Mittelbetriebe denkt, weil denen geht es jetzt

nicht gut und da hängt es halt auch wieder ab, fahre ich gleich in den Supermarkt oder gebe ich dem Greißler daneben auch eine Chance oder gehe ich nur dann zu ihm, wenn ich einmal wirklich einen Liter Milch vergessen habe, also er braucht auch mehr Deckungsbeitrag und die größte Chance, und deswegen setzen wir auch in der Regierungskoalition drauf, die größte Chance für eine Wirtschaftsankurbelung liegt in der Energiewende. Das wissen wir alle, das haben wir jetzt auch wieder bemerkt, es gibt gar nicht genügend Wärmebildkamas. Die Menschen melden sich an, wir haben Wartelisten, ich habe immer gesagt, Gott sei Dank hat der Herr Putin auch einmal diese Versorgungsgeschichte alle erleben lassen, weil man braucht auch immer wieder einen Anstoß, etwas zu tun, dort liegt eine Riesenchance und da werden wir auch mit unseren Beteiligungen, vor allem auch mit der Graz AG schauen, dass wir in diesem Bereich sowohl umweltschonend als auch arbeitsschaffend hier vielleicht auch in die reelle Produktion kommen, Sie wissen das, und da geht es dann schon um tausende Jobs, dass Magna und AVL List am Elektroauto arbeiten, sowohl was die Batterien anbelangt, als auch am Fahrzeug selbst, das bleibt zu hoffen, dass da alle schnell genug unterwegs sind, dass es auch dann gelingt, diese tausenden zur Zeit in Kurzarbeit Beschäftigten wieder zu beschäftigen. Es macht mir im Moment, wie Sie sich vorstellen können, genauso viel Sorge wie Ihnen (*Applaus ÖVP*).

5) Dienstpläne der Ordnungswache

GRin. **Meißlitzer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage ist kurz und bündig. Ich hätte gerne gewusst, von wem konkret die Dienstpläne der Ordnungswache ausgearbeitet werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Antwort ist kurz und bündig. Sie werden ausgearbeitet vom Referatsleiter und vom Leiter des Straßenamtes freigegeben.

GRin. **Meißlitzer**: Dann frage ich mich, warum die Ordnungswache eine Jahresarbeitszeit von 2.082,5 Stunden hat und die Jahresarbeitszeit im Durchschnitt bei 1.732 Stunden liegt? Wie kommt diese Diskrepanz von 350 Stunden und einer halben Stunde zustande?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, das muss ich Ihnen ein anderes Mal erklären, Sie hätten ja unter Umständen auch gleich Ihren Sohn fragen können, der, glaube ich, bei der Ordnungswache ja beschäftigt ist, das wäre am kurzen Wege möglich gewesen.

Zwischenruf GR. Grosz: Postenschacher.

GRin. **Meißlitzer**: Herr Kollege Grosz, das möchte ich jetzt aber schon sehr dezidiert zurückweisen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Schließe mich dem auch an. Muss ich mir anschauen, wie es zu Stundendifferenzen kommt, kann ich Ihnen dann beantworten, kann ich aus dem Stegreif jetzt nicht sagen, nachdem ich diese Dienstenteilungen selbst nicht mache. Ich sage aber schon dazu, ist auch nicht unwesentlich, es werden natürlich sehr, sehr viele Beschwerden und Wünsche auch an mich herangetragen, wahrscheinlich auch an die Klubs und an andere Stadtregierungskollegen und -kolleginnen und da

ist es dann wichtig, diese Wünsche, weil jeder Bezirk ruft an und sagt, bitte bei mir jemanden vorbeischieken, ich melde das weiter und es wird, wie gesagt, direkt vom Referatsleiter einmal eingeteilt und zugeteilt. Wenn es sich häuft und Schwerpunkte da sind, bitte ich auch drum, dass man einmal verstärkt dorthin schaut, sonst wird es dann vom Herrn Dipl.-Ing. Hrubisek auch quasi abgezeichnet, aber ich schaue mir an, welche Differenzen es da gibt.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.

6) Freihofanger - Ausnahme von Grüner Zone

GR. Mag. **Fabisch** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa! So begrüßenswert die Einrichtung von Grünen Zonen ist, gibt es doch einige Probleme, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. So setzen sich Bewohnerinnen und Bewohner des Straßenzuges Freihofanger in Mariatrost - dort befinden sich Gemeindewohnungen - dafür ein, dass es dort eine Sonderregelung geben soll, die sie selbst private Zone nennen. Die Zufahrt soll dort nur für AnrainerInnen und deren BesucherInnen gestattet sein.

Sie begründen ihre Sorgen damit, dass viele von ihnen BeihilfenbezieherInnen und AlleinerzieherInnen sind, für die es schwierig ist, die 96 Euro für zwei Jahre Parkgenehmigung aufzubringen. Auch Ratenzahlungen können keine Lösung sein.

Deshalb stelle ich an dich, liebe Frau Vizebürgermeisterin, namens der KPÖ folgende

Frage:

Siehst du eine Möglichkeit, den betroffenen Anrainerinnen und Anrainern im Straßenzug Freihofanger eine Ausnahmeregelung zu gewähren? (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage. Die kurze Antwort lautet nein, ich bin ein bisschen verwundert gewesen über die Anfrage, weil ich gerne die Gegenfrage stellen würde, wo beginnt das und wo endet das dann? Also wenn wir anfangen, die Stadt, öffentlichen Straßenraum zu privatisieren, weil einzelne Anliegen da sind, dann frage ich mich, wo das hinführen würde. Der Freihofanger ist eine öffentliche Straße mit öffentlichen Stellplätzen, und Privatparkplätze auf öffentlichem Gut zu errichten ist nicht die Aufgabe der Stadt und ist auch gar nicht gesetzeskonform. Weiters würde die vorgeschlagene Umwandlung der öffentlichen Pkw-Stellplätze in private Stellplätze dazu führen, dass für die BesucherInnen der angrenzenden Schulen keine Stellplätze mehr zur Verfügung stehen. Die einzige Möglichkeit, wie gefordert, und wir haben dieses Schreiben auch bekommen von den dortigen Anrainern und Anrainerinnen, die Zufahrt nur noch AnwohnerInnen und BesucherInnen zu gewähren, wäre die Ausweisung der gesamten Straße als Privatstraße. Als Konsequenz wäre die Instandhaltung, der Winterdienst, die Beleuchtung und die Säuberung der Straße von den AnwohnerInnen zu tragen. Ich denke mir, wenn wir da beginnen, würden wir auf der anderen Seite ein gewisses Chaos irgendwann einmal haben. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass eine einfache Übertragung von öffentlichen Stellplätzen an Private sehr willkürlich erscheint und im Vergleich mit der Bevölkerung aller übrigen Bereiche, in denen bereits Parkzonen eingeführt wurden und noch werden, eine Ungleichbehandlung daraus sich ergeben würde und mit einer Flut an eben weiteren diesbezüglichen Ausnahmeansuchen zu rechnen ist. In dem Sinn muss ich leider diese Frage abschlägig beantworten und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, mit 96 Euro für zwei Jahre hat man damit die Möglichkeit sich gekauft, über einen Parkplatz auf öffentlichem Raum zu verfügen und auch die Wahrscheinlichkeit, diesen Parkplatz zu finden. Es ist in der grünen Zone, wie wir wissen, ein weitaus höherer, also es ist ja ein Gegenwert hinter den 96 Euro und von dem her kann ich das auch allein wegen der Ungleichbehandlung, die ich eben nicht haben will, kann ich dem leider nicht gerecht werden (*Applaus Grüne*).

7) Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 – Stand der Planungen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Mag. **Mariacher**: Frau Vizebürgermeister! Es geht in meiner Anfrage um die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7, Stand der Planungen. Es sind wesentliche Entscheidungen bereits getroffen, die zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen natürlich in diesem Bereich der Stiftingtalstraße führen werden. Ich erinnere daran, dass die Beschlüsse bereits vorliegen, gemeinsam mit dem Bund, dem medizinischen Campus der Medizinischen Universität Graz zu errichten, da werde die Einrichtungen die derzeit in der Vorklinik bestehen zum Klinikum Graz hinausverlegt. Ungefähr hinter den Flächen des Hauses der Barmherzigkeit entlang. Es werden aber weitere Projekte kommen, ich denke an die Neuerrichtung der Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, es ist auch vorgesehen, ein zusätzliches Zentralmedizinisches Forschungszentrum, das sogenannten ZMS II dort zu errichten und gemeinsam mit diesen Planungen wurde ja auch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 vom derzeitigen Riesplatz, wo die Kehre ist, mitüberlegt und in die Planungen auch seitens der medizinischen Universität Graz grundsätzlich einbezogen. Meine Frage geht dahingehend, wie derzeit die Planung beziehungsweise die vorgesehenen Umsetzungsschritte für dieses Projekt ausschaut? Etwas konnte ich natürlich auch in der Vergangenheit schon sehen und da ist meine Frage auch, die ich da auch in diesem Zusammenhang sehe, ob sich da eine Verbesserung ergeben hat, nämlich, ob es eine Möglichkeit gibt, die Querung der Straßenbahnlinie 7 nachher bei der Einmündung in die Stiftingtalstraße sozusagen eine Lösung zu finden, die den fließenden Verkehr dort nicht behindert, weil die Straßenbahnzüge sind bekanntlich im Laufe der Jahre immer länger geworden und die Wartezeit, gerade für diesen Verkehr aus der Ragnitz von der Ries runter in die Stadt Graz, wird da, täglich zu beobachten, massiv behindert.

Also die

F r a g e

lautet: Wie weit sind die Planungen und welche Umsetzungsschritte sind vorgesehen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage. Auch aus Sicht der Verkehrsplanung stellt die Umsetzung der Arbeiten im Bereich der MUK gerade die Verkehrsplanung vor große Herausforderungen, das ist ja kein Geheimnis, dass gerade das Landeskrankenhaus und die Umgebung als Verkehrserreger schlechthin in diesem Bereich gilt und dadurch natürlich weitere Verkehrsströme hervorgerufen werden, wenn wir dort über tausend neue Arbeitsplätze dazubekommen. Wenn Sie heute im Ausschuss gewesen wären, und vielleicht können Sie beim Kollegen, der im Ausschuss war, auch die Unterlagen bekommen, es war heute im Planungs- und Umweltausschuss und Verkehrsplanungsausschuss eine Berichterstattung, auch von den Vertretern der Planung auf Seiten der MUK, wo dargestellt wurde, was die Rahmenbedingungen für den städtebaulichen Bewerb sein werden, wo auch konkret auf die Planungen im Zusammenhang mit der Straßenbahnverlängerung 7 eingegangen wurde. Es ist natürlich so, dass die Verlängerung der Straßenbahn Bestandteil der gemeinsamen Herangehensweise ist, wir sind nun in einem Entscheidungsbereich, wo wir weggegangen sind von der Führung entlang des Baches und jetzt wieder auf die alte Stiftingtalstraße zurückgekommen sind. Was noch nicht geklärt ist, ist die Verlängerung über die Zahnklinik hinaus, gewünscht wird von Seiten der Kages, aber natürlich auch von uns, städtebaulich ist es wünschenswert, die Straßenbahn weiter ins Stiftingtal hineinzuziehen, das ist noch nicht definitiv entschieden. Die momentanen Vorgaben für den Wettbewerb lauten auf mindestens Führung bis zur Zahnklinik, so wird die Voraussetzung sein, aber letztendlich gehen alle Bestrebungen dorthin, dass zum Hahnhofweg der Siebener verlängert wird, was damit einhergeht, und das ist das von Ihnen angesprochene Dilemma, das wir jetzt schon am Riesplatz haben, dass eine gesamte Umgestaltung des Leonhard- und Riesplatzes in dieser Situation miteinfließen wird, weil wir wissen, dass wir dort verkehrstechnisch und gerade von den Routenführungen ein paar neue Lösungen brauchen, das ist auch vorgesehen. Es wird demnächst bis Ende März fertig gestellt sein das verkehrsplanerischer Konzept, das auch nach außen vergeben wurde und wird auch weitere Informationen im Ausschuss, und ich hoffe auch im Gemeinderat, möglichst schnell aufgelegt werden. Aber wie gesagt, wir sind am Verhandeln. Was noch nicht geklärt ist und wo natürlich ein großes Anliegen seitens der Stadt ist, ist, inwieweit auch eine finanzielle Beteiligung durch die Partner vor Ort möglich ist bei der Errichtung der Straßenbahn, das ist das Thema, das uns in den nächsten Wochen am meisten beschäftigen wird.

Mag. **Mariacher**: Sie haben angesprochen den Wunsch der Stadt Graz um finanzielle Beteiligung. Mich würde interessieren, in welchem Ausmaß dieser Wunsch der Stadt Graz an, ich denke, Kages und MUK herangetragen worden ist. Als A-Frage und als B-Frage, ob bei der Planung, bei der Trassierung, weil Sie haben es angeschnitten bis zur Zahnklinik einmal als Erstes, ob aber auch die Anbindung der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde auch ein Thema ist, weil das würde ich sehr unterstützen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das wäre uns das naheliegendere Anliegen, dass wir eben soweit kommen, dass wir die Kinderklinik anbinden und auch den neuerrichteten Kindergarten, weil wir damit Wege ersparen, die jetzt teilweise noch mit dem Auto notwendig sind und dann vielleicht weniger notwendig wären, weil natürlich das gesamte Verkehrskonzept rund um den Med.-Uni-Campus darauf aufbauen wird müssen, dass wir dort nicht über das Maß zusätzliche Autofahrten erregen, weil wir die nicht unterbringen könnten. Zur Finanzierung, da sind wir am Beginn der Gespräche, da möchte ich noch keine Details nennen, weil das wirklich ein Verhandlungsgegenstand ist und aus meiner Sicht werden wir die Siebener-Linie auf alle Fälle errichten, aber ich möchte jetzt nicht öffentlich ausrichten, was wir uns wünschen, das möchte ich gerne im Gespräch mit dem Gegenüber direkt klären (*Applaus Grüne*).

8) Schi- und Snowboardkurse in den Semesterferien 2009 für 8-15jährige/ Keine Helmpflicht!

GR. **Martiner** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Das Sportamt der Stadt Graz bietet für 500 Grazer Jugendliche der Jahrgänge 1994 bis 2001, eben für 8- bis 15Jährige, in den Semesterferien

erfreulicherweise, das ist ein tolles Angebot, wieder kostenlose Schi und Snowboardkurse an. Die Kosten für die Schi- und Snowboardkurse übernimmt die Stadt Graz, Lehrerinnen, Kurs und Autobusfahrten, die TeilnehmerInnen haben lediglich einen Unkostenbeitrag von 2 Euro und dann natürlich auch ein Mittagessen selbst zu übernehmen.

Diese Kurse finden jetzt ab 16. ab Montag wieder Stadt bis 20. Februar im Skidorf Hirschegg.

Irritiert bin ich aber, dass bei der Ausschreibung vom Sportamt bei den Anmeldebedingungen das Tragen eines Helmes nur empfohlen wird. Ganz im Gegensatz zu den gleichzeitig am Schöckl stattfindenden Schi- und Snowboardkursen der Schöckelseilbahn AG, wo sehr wohl Helmpflicht für 8- bis 15-Jährige herrscht. Und auch bei zahlreichen anderen Organisatoren wie den Kinderfreunden oder auch dementsprechenden Schiklubs ist für Kinder und Jugendliche bis 15 Helme Tragepflicht.

Gerade in den letzten Wochen haben wir müssen miterleben, wie schreckliche Schiunfälle passiert sind und wirklich auch katastrophale Verletzungen und sogar ein Todesfall dabei waren. 90 Prozent könnten von diesen Verletzungen abgehalten werden, wenn man einen Helm getragen hätte.

Jedes Jahr finden in der Steiermark, in Österreich 48000 Schiunfälle statt, das sind natürlich nicht alles Kopfverletzungen, und 6700 Kinder und Jugendliche bis 15 sind betroffen. All diese Ereignisse haben eine große Diskussion einer generellen Helmpflichttragepflicht herbeigeführt. Ich bin der Meinung, dass unter diesen Gesichtspunkten eine Stadt wie Graz, die mit ihrem Sportamt solche wirklich attraktiven und tolle Angebote, Schikurse veranstaltet, eine große Verantwortung trägt und die Verpflichtung hätte, auf die größtmöglichen Sicherheitsmaßnahmen zu achten – auch in Hinblick auf die pädagogische Beispielwirkung.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

warum in der Ausschreibung der Schi- und Snowboardkurse das Sportamt auf die Helmtragepflicht verzichtet hat und stattdessen lediglich nur eine entsprechende Empfehlung abgegeben hat? (*Applaus SPÖ*).

StR. Eisel-Eiselsberg: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Diese Empfehlung, die Sie erwähnt haben, ist seit 2005 auf unseren Anmeldeformularen drauf, hat auch dazu geführt, dass mehr als 80 % bereits heute im Rahmen unserer Kurse Helme tragen. Möglicherweise werden auch die Vorfälle der letzten Wochen dazu beitragen, dass dieser Prozentsatz noch höher ist, aber ich gebe Ihnen Recht, es sollten 100 % sein und wir werden bei künftigen Kursen das auch so vorsehen. Wir werden aber darüber hinaus für den laufenden Kurs, der jetzt in der kommenden Woche beginnt, eine weitere Information an die Eltern richten und auch an sie appellieren, dass sie allenfalls bereits in der nächsten Woche sich einen Helm besorgen. Ausleihsystem vor Ort haben wir auch überprüft, in der Kürze wird nicht umsetzbar sein auf Grund auch der Tatsache, dass die Kinder eben zwischen 8 und 15 sind, wir wüssten gar nicht jetzt vorweg, in welcher Größe und in welchem Umfang wir die einen oder anderen Helme besorgen sollten. Aber bei künftigen Kursen wird es diese Verpflichtung geben (*Applaus ÖVP*).

GR. Martiner: Danke für die Ausführungen. Es ist natürlich sehr gut, dass wir bei dementsprechenden weiteren Kursen dann diese Helmpflicht auch als Sportamt der Stadt Graz dann auch verpflichtend einsetzen. Herr Stadtrat, die Zusatzfrage inwieweit, Sie haben es schon angesprochen, für diesen Kurs am Montag, wird es natürlich schwierig, aber ich glaube, in den Vorbereitungen für die kommende Wintersaison dann 2009/2010 wird es ja möglich sein, dass wir als Stadt Graz, als Sportamt, mit den Sportfachgeschäften dementsprechende Kontakte aufnehmen könnten, man weiß natürlich, mit Helmen und Verleihen von Helmen wird es eher aus hygienischen Gründen auch sehr schwierig, aber dass man günstige Angebote für die Jugendlichen, für die Grazerinnen und Grazer dementsprechend mit Sportfachgeschäften herstellen kann, denn es ist auch heute möglich, Schi und

Snowboarder auch beim Sportamt sich auszuborgen, und auch noch ein Hinweis, es wäre auch notwendig, dass wir gerade auch in Ihrem Ressort Jugend und Familie werden auch wirklich sehr gute Veranstaltungsprogramme für die Semesterferien auch angeboten. Bei weiteren Veranstaltungen auf dieser Homepage sollte man auch einen Hinweis geben, dass das Sportamt dementsprechende Schi- und Snowboardkurse in den Semesterferien auch anbietet. Viele Eltern gehen auf Jugend und Familie und finden dann kein Angebot auf dieser Seite, dementsprechend vom Sportamt, es gibt andere Anbieter, aber nicht vom Sportamt, dass man auch dort bei weiteren Veranstaltungen auch einen Hinweis zum Sportamt diese Schi- und Snowboardkurse auch anbietet. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Was war denn jetzt die Frage?

GR. **Martiner**: ...Helme, Sportfachgeschäfte und ob sie den Hinweis der Verlinkung aufnehmen?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also ich nehme alle brauchbaren Hinweise auf, ich erachte auch diesen als sehr brauchbar und wegen einem Verleihsystem sage ich dazu, wir selber werden keines aufziehen, da sehe ich mich nicht in der Lage dazu. Es sind 500 Kinder, ich sage, wenn es heute noch 100 sind, die keinen haben, werden vielleicht nächstes Jahr nur mehr 30 keinen haben, keinen eigenen haben, aber wir werden sicher Kontakte zu Sportfachgeschäften aufnehmen und zumindest Empfehlungen abgeben können, wo man ganz günstig einen Helm kaufen oder borgen kann (*Applaus ÖVP*).

9) Evaluierung der Subventionen der Stadt Graz an stadteigene beziehungsweise externe Einrichtungen, Vereine und Organisationen in Ihrem Wirkungsbereich

GR. **Sippel** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich habe dieselbe Frage in der letzten Fragestunde dem Herrn Bürgermeister gestellt in seinem Wirkungsbereich, dasselbe tue ich jetzt auch in Ihre Richtung, weil ich das für sehr, sehr wichtig und vernünftig halte, gerade auch in Ihrem Wirkungsbereich, wo sehr viele Vereine im sozialen Bereich, aber auch Frauenbereich subventioniert werden, hier unter dem Vorbild von Stadtrat Riedler, der das bereits bei den Kultureinrichtungen gemacht hat, hier auch Evaluierungen vorzunehmen.

Und deswegen lautet meine

Frage:

Sind Sie bereit, alle innerhalb Ihres Zuständigkeitsbereiches vergebenen Subventionen an stadteigene beziehungsweise externe Einrichtungen, Vereine und Organisationen, die auch der Subventionsordnung unterliegen, einer unabhängigen Evaluierung zu unterziehen? (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Danke recht herzlich für diese Anfrage. Ich nütze es als Gelegenheit, vielleicht Sie mit ein paar Informationen zu versorgen. Offensichtlich sind Sie noch nicht mit dem gesamten Umfeld der Subventionsvergabepraxis in meinem Ressort bewandert und beschäftigt gewesen. Die Evaluierungen im Kulturbereich vorweg beziehen sich auf mehrjährige Fördervereinbarungen, ich darf Sie darauf hinweisen, dass in meinem Zuständigkeitsbereich leider keine mehrjährigen Fördervereinbarungen aktuell existieren. Es ist so, dass die Subventionen, die wir aus meinen Ämtern oder aus dem Amt und dem Referat heraus vergeben, alle leider, sage ich, aktuell noch

einjährig erfolgen und Ihre Forderung, die ja dahingehend ist, ob ich bereit bin, alle innerhalb meines Zuständigkeitsbereiches vergebenen Subventionen durch eine externe Evaluierungsfirma quasi untersuchen zu lassen, darf ich dahingehend beantworten, dass es einfach dringend notwendig ist, sich das ein bisschen differenzierter anzuschauen. Sie schreiben in Ihrem Motivenbericht von unnötiger Großzügigkeit, das geht darum, den Mittelweg zwischen unnötiger Großzügigkeit und panikartigen Einsparungen zu finden. Ich weiß nicht, ob Sie sich die Zahlenentwicklungen angeschaut haben und ob Sie auch Informationen aus dem Sozialbereich heraus haben, also die unnötige Großzügigkeit kann ich nicht erkennen. Ich schaue jetzt gerade die Sissi Potzinger an, die mich immer wieder fragt, hast du bitte nicht mehr Geld für die Schwangerenberatungsstelle? Würde ich nicht behaupten, dass wir hier unnötiger Großzügigkeit unterlegen sind, wir haben einfach Tatsache, dass durch die schwierige soziale Situation für viele Familien, für viele Menschen in Graz der Bedarf im Regelfall um vieles höher ist, als wir mit den Subventionen decken können, und eines muss ich auch klarstellen, weil Sie ja selbst die Subventionsordnung angesprochen haben. Es ist ja in diesem Verfahrensablauf der Stadt Graz und in der Subventionsordnung ganz klar festgelegt, dass wir ja nicht nur Belege überprüfen, sondern dass in den Subventionsansuchen Ziele definiert sind und laut Subventionsordnung auch bei der Abrechnung die Erreichung der Ziele mit Daten und Fakten dokumentiert und belegt werden müssen und von den Fachexperten/-expertinnen in den Ämtern natürlich auch, dort wo es notwendig ist, überprüft werden. Ich darf vielleicht, warum ich meine, dass man das sehr differenziert betrachten muss, noch zwei/drei Beispiele bringen. Sie schreiben eben von der Überprüfung aller Subventionen, jetzt ein sehr, sehr großer Subventionsposten bei mir ist zum Beispiel die Essenslieferung für das Marienstüberl. Das heißt, wir finanzieren mittels Subvention, weil wir natürlich intern Leistung verrechnen müssen, die Essenslieferung durch die Zentralküche ans Marienstüberl. Wir haben dort Erfahrungswerte, wir wissen, wie die Bedürftigen zugenommen haben, die hinkommen. Ich meine, Evaluierung nur um der Evaluierung Willen, erscheint mir nicht sinnvoll, weil was soll man evaluieren? Tatsache ist, dass wir diese Essensportionen brauchen, und evaluieren, ob das Essen schmeckt oder nicht, ist zwar ein netter Zug, würde aber die Frage des Subventionsmangels nicht lösen. Anderes Beispiel vielleicht, Vinzmarkt, wir wissen

auch da, wie hier die Zahlen steigen, jener die angewiesen sind auf den Vinzmarkt, wir subventionieren mit den städtischen Geldern hier die Miete des Vinzmarkts. Auch hier würden uns Beratungsergebnisse einer externen Firma nicht wirklich neue Erkenntnisse bringen können und man darf eines nicht übersehen, dass ja eine Beratungsfirma, die beauftragt wird, um Subventionen zu evaluieren, mit erheblichen Kosten verbunden ist. Und Tatsache ist auch, dass, wenn wir eine externe Beratungsfirma beauftragen, das zig-tausende Euro kosten würde für die Vielzahl der Subventionen und das ist aber Geld, das ich in Wirklichkeit für soziale Angebote in dieser Stadt wegnehmen muss, weil dafür dann das Geld nicht mehr da ist. Deswegen bitte ich da schon, dass man einen differenzierten Zugang zu dieser Vorgehensweise wählt. Ich bringe Ihnen noch ein Beispiel abschließend. Ich bekenne mich dazu, dass wichtige Angebote für unsere Senioren und Seniorinnen in Graz durch unsere verbandlichen Seniorenorganisationen geboten werden. Wenn ich jetzt eine externe sogenannte unabhängige Beratungsfirma beauftrage, würde die möglicherweise zum Schluss kommen, dass es effizienter wäre, es gäbe eine zentrale Seniorenorganisation, die Ausflugsfahrten und gesellige Nachmittage anbietet, um einfach soziale Isolation von Senioren entgegenzuwirken, würde heißen, dass zum Beispiel Institutionen wie der Seniorenring, der aktuell eine Förderung erhält, dann nicht mehr gefördert werden kann. Ich sage, ich bekenne mich in der Funktion als Sozialstadträtin zur verbandlichen Seniorenarbeit, ich finde, dass dort gute Arbeit geleistet wird, dass das wichtige Angebote sind, gesellige Nachmittage, auch die Möglichkeit von kulturellen und Ausflugsfahrten, weil das einfach gerade Senioren/Seniorinnen nützen, die sonst nicht die Gelegenheit dazu hätten. Darum bitte ich da wirklich, an diese ganze Fragestellung mit ein bisschen einem Augenmaß heranzugehen und nicht in einem Aufwischen so zu tun, als ob objektive Berater, die zig-tausende Euro kosten, für uns jetzt auf einmal den Stein der Weisen bringen würden (*Applaus SPÖ und Teile Grüne*).